



Antrag

der Fraktion der FDP

Fairer Freihandel auf Grundlage hoher Umwelt- und Sozialstandards

Der Landtag wolle beschließen:

Die Verhandlungen zum Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) bieten die Chance für Europäer und Amerikaner gleichermaßen, durch die Schaffung der weltgrößten Freihandelszone mit insgesamt rund 800 Millionen Bürgern, den freien Welthandel des 21. Jahrhunderts gemeinsam zu gestalten.

Der Landtag stellt fest, dass die Zielsetzung der EU-Kommission, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen, Produktionsstandards anzugleichen sowie unnötige Hürden für Investitionen zu beseitigen, Verbraucher und Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks neue Chancen bietet. Entscheidend für das Gelingen des Abkommens ist es jedoch, dass hierbei fairer Freihandel auf Grundlage hoher Umwelt- und Sozialstandards verwirklicht wird.

Der Landtag fordert die EU-Kommission und die Bundesregierung deshalb dazu auf, das Verfahren transparenter zu gestalten und insbesondere gewählte Volksvertreter frühzeitiger und umfassender über Verhandlungsinhalte zu informieren. EU-Kommission und Bundesregierung werden aufgefordert, ihre Bemühungen um das geplante Abkommen den Bürgerinnen und Bürger endlich mit einer offeneren Kommunikation näherzubringen. Die tatsächlichen Auswirkungen des geplanten Abkommens sollten wieder in den Vordergrund der Diskussion rücken.

Gleichzeitig muss klar sein, dass die Stärkung von Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Umweltschutz die Grundlage der Verhandlungen bilden muss. Ziel muss es sein, eine neue Offenheit in der Debatte zu erreichen, um das europäische Verhandlungsmandat auch in der Öffentlichkeit zu stärken. Nur dann ist ein aus europäischer Sicht positives Verhandlungsergebnis zu erwarten.

Die positiven Effekte des Freihandels und Investorenschutzes eröffnen vor allem mittelständischen Unternehmen große Chancen, neue Märkte relativ einfach zu erschließen und dadurch gerade in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Als Rückgrat und Motor der sozialen Marktwirtschaft müssen die Interessen der mittelständischen Wirtschaft elementarer Bestandteil der Verhandlungen sein.

Der Investorenschutz sollte bei einem Abkommen zwischen Rechtsstaaten in öffentlicher Hand sein. Eine gemeinsame Handelsgerichtsbarkeit mit über mehrere Jahre ernannten Richtern, grundsätzlich öffentlichen Verfahren sowie einem wirksamen Berufungsmechanismus würde Vertrauen schaffen und der Förderung eines rechtsbasierten internationalen Handelssystems dienen.

Die Verhandlungen eröffnen die große Chance, die demokratische Legitimität internationaler Handelsbeziehungen zu stärken. Die Absicht der Europäischen Union muss es sein, die transatlantischen Handelsfragen in die nationalen Parlamente zu bringen und den interparlamentarischen Dialog zu stärken.

Die digitale Agenda muss wesentlicher Bestandteil des Abkommens sein. Freier Datenverkehr und Datenschutz müssen die Grundpfeiler einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und Wirtschaft bilden. Es ist daher von elementarer Bedeutung, die Transparenz beim Erstellen von Regulierungen zu erhöhen und weltweit gemeinsame Standards zum Schutz der Netzneutralität sowie ein der digitalen Welt angepasstes Urheber-, Patent- und Markenrecht zu entwickeln.

Christopher Vogt
und Fraktion

Ekkehard Klug